

Historisches Handbuch der jüdischen Gemeinden in Niedersachsen und Bremen

Herausgegeben von
Herbert Obenaus

In Zusammenarbeit mit
David Bankier und
Daniel Fraenkel

unter Mitwirkung von
Andrea Baumert, Marlis Buchholz, Uwe Hager,
Jürgen Rund und Christiane Schröder
in Hannover

und Tamar Avraham,
Almuth Lessing und Antje C. Naujoks
in Jerusalem

Textauszüge



WALLSTEIN VERLAG

Delmenhorst

Grafschaft Oldenburg-Delmenhorst (in Personalunion mit Königreich Dänemark 1667-1773), Herzogtum Oldenburg 1774-1810, Kaiserreich Frankreich 1810-1813, Großherzogtum Oldenburg 1815-1918, Freistaat Oldenburg 1918-1945; Amt Delmenhorst, seit 1903 amtsfreie Stadt; heute: kreisfreie Stadt im Regierungsbezirk Weser-Ems.

Synagogengemeinde im Landrabbinat Oldenburg, angeschlossene Orte: Ganderkesee.

Einwohner/darunter Juden:

Delmenhorst 1793: 1.468/20; 1811: 1.569/34; 1846: 1.810/32; 1861: 2.916/31; 1867: 3.507/67; 1875: 4.800/118; 1910: 22.516/124; 1925: 24.669/182; 1933: 31.978/163; 1939: 35.822/36.

Ganderkesee 1815: 4.855/3; 1837: 6.262/11; 1855: 6.995/6; 1885: 6.360/10; 1905: 7.569/12; 1925: 9.203/11; 1933: 9.656/2.

Das erstmals im Jahre 1254 erwähnte Delmenhorst entstand im Schutz der gleichnamigen Burg und bekam 1371 von den Grafen von Oldenburg-Delmenhorst Stadtrechte verliehen. Lange blieb es ein unbedeutendes Ackerbürgerstädtchen im Schatten des Handels- und Gewerbezentrums Bremen. 1647 verlor es zudem endgültig seine Funktion als Residenz. Eine gewisse wirtschaftliche Bedeutung erlangte seit ca. 1730 die Korkschniderei und seit ca. 1840 die Zigarrenmacherei. Märkte sind seit 1601 nachweisbar. Nach dem Anschluß an das Bahnnetz nahm die Stadt in den Gründerjahren einen stürmischen Aufschwung als Industriestandort mit Jutespinnerei und -weberei (1870), Linoleumfabrikation (1882), Wollkämmerei und Kammgarnspinnerei (1884). Diese Entwicklung wurde bis 1888 dadurch begünstigt, daß sich Bremen nicht dem Deutschen Zollverein anschloß.

Entsprechend der Stadtrechtsurkunde für Oldenburg von 1345 behielten es sich die Grafen von Oldenburg-Delmenhorst 1371 vor, Juden in die Stadt aufzunehmen. Diese sollten allerdings keinen Handel treiben dürfen, sondern ausschließlich vom »Wucher« (Geldverleih) leben. Es gibt aber keinerlei Hinweis darauf, daß sich vor Ende des 17. Jh.s tatsächlich Juden in der Stadt niedergelassen hätten. Erst 1695 kam es unter dänischer Landesherrschaft zur Ansiedlung von Schutzjuden in der wirtschaftlich unbedeutenden, aber in unmittelbarer Nähe zum »judenfreien« Handelszentrum Bremen gelegenen Kleinstadt (ca. 1.200 Einwohner). Levin Lazarus aus Bückeberg erwarb einen dänischen Schutzbrief, der ihm die Niederlassung als Bürger von Delmenhorst (oder Oldenburg) erlaubte und uneingeschränkte Handelsrechte garantierte. Durch Intervention in Kopenhagen erreichte er es, daß dem Oldenburger Schutzjuden Jacob Abraham der beabsichtigte Umzug nach Delmenhorst untersagt wurde. Der Stadtmagistrat sah keine Möglichkeit, gegen die Niederlassung der Juden zu intervenieren. Von 1695 bis

Delmenhorst

1810/13 genossen die Delmenhorster Schutzjuden das Stadtbürgerrecht, das ihnen zwar den Erwerb von Grundbesitz, aber keine Mitwirkung in städtischen Angelegenheiten ermöglichte. Als Stadtbürger zahlten sie statt des sonst an die Landesherrschaft zu zahlenden Schutzgeldes ein relativ hohes Bürgergeld und jährliche Abgaben an die Stadt.

Während der hannoverschen Pfandherrschaft über die Grafschaft Delmenhorst (1711-1731) erhöhte sich die Zahl der jüdischen Haushalte auf drei. Nach Wiederherstellung der dänischen Herrschaft bemühte sich der Magistrat 1732/36 erfolglos, die nach 1711 zugezogenen Juden aus der Stadt verweisen bzw. ihre Handelsrechte einschränken zu lassen. Allerdings wurden weitere Schutzgesuche für Delmenhorst in Kopenhagen abgewiesen. 1735 war Levi Heydemann als erster jüdischer Einwohner finanziell dazu in der Lage, ein Haus zu erwerben. 1773 trat Dänemark die Grafschaften Oldenburg und Delmenhorst an Holstein-Gottorp ab (1774 Herzogtum). Die Zahl der zugelassenen Delmenhorster Schutzjuden erhöhte sich 1775 gegen den Widerstand des Magistrats auf vier, sank aber 1788 durch Wegzug wieder auf drei. Wirtschaftlich erfolgreich war von den drei Familien bis Anfang des 19. Jh.s allenfalls die Familie Heydemann. In deren Haus fand bis 1838 auch der Gottesdienst der kleinen Gemeinde statt. Der spätere oldenburgische Herzog Peter Friedrich Ludwig (reg. 1785-1829) hatte zwar um 1782 erwogen, Delmenhorst zum Hauptort der Juden des Herzogtums zu machen, dort eine Synagoge errichten zu lassen und einen Rabbiner zu ernennen, griff diesen Gedanken jedoch später nie wieder auf.

Als Beerdigungsstätte nutzten die Delmenhorster Juden bis 1848 den bereits seit 1707 bestehenden jüdischen Friedhof in Wildeshausen. Unter den Grabsteinen mit lesbarer Inschrift finden sich dort elf für Delmenhorster Juden aus den Jahren 1813 bis 1845. Während der kurzzeitigen französischen Annexion Nordwestdeutschlands (1810-1813) verfügten die Delmenhorster Juden als rechtlich gleichgestellte Staatsbürger erstmals über eine nahezu uneingeschränkte Niederlassungs- und Gewerbefreiheit sowie die Möglichkeit zur ungehinderten Eheschließung. Trotzdem erhöhte sich die Zahl der jüdischen Familien in der wirtschaftlich wenig attraktiven Kleinstadt angesichts des jetzt möglichen Zuzugs nach Bremen und Oldenburg lediglich auf vier. Außerdem ließ sich im benachbarten Dorf Ganderkesee die Familie Alexander nieder. Nach der Rückkehr des Herzogs wurde alsbald das alte Judenrecht wiederhergestellt und in Teilbereichen noch verschärft. Nach Inkrafttreten der Stadtordnung von 1817 wurde den Delmenhorster Juden auch der Erwerb des Stadtbürgerrechts verwehrt. Durch die oldenburgische Judenordnung von 1827 verbesserten sich die Lebensbedingungen der Juden nur wenig; immerhin konnten sie jetzt

nach Erlernung eines Handwerks oder als Landwirte zusätzliche Schutzbriefe erwerben. Diese Möglichkeit suchte in der Folgezeit lediglich ein Delmenhorster Jude zur Niederlassung als Schlachter zu nutzen, blieb dabei aber erfolglos. Die jüdischen Landeseinwohner wurden neun Synagogengemeinden zugeordnet, wobei die Ganderkeseeer Juden nun endgültig zur Delmenhorster Gemeinde zählten. Abraham Heydemann nahm 1828 als Deputierter der Juden von Delmenhorst, Berne und Wildeshausen an der ersten Vertreterversammlung der oldenburgischen Judenschaft teil.

In Delmenhorst bestanden auch 1827 lediglich vier jüdische Haushalte mit 34 Personen; die Einwohnerzahl der Delmenhorster Stadtgemeinde (ohne Landbezirk) betrug rund 1.800. Beide Zahlen blieben in den folgenden zwei Jahrzehnten fast unverändert. Die Vermögensumstände der jüdischen Gemeinde hatten sich seit Beginn des 19. Jh.s allgemein verbessert. Vermutlich auf Drängen des oldenburgischen Landrabbiners Samson Raphael Hirsch erbaute die Gemeinde 1838 in der Gartenstraße 2 eine Synagoge mit Betsaal, Schulraum und Lehrerwohnung. Äußerlich war das Fachwerkhaus (wie von den Behörden verlangt) kaum als Synagoge zu erkennen. Zu den Baukosten von 885 Rtlr. erhielt die Gemeinde vom Großherzog einen Zuschuß über 150 Rtlr. Die Einweihung durch Hirsch fand im Beisein des Magistrats und der christlichen Ortsgeistlichen statt. Von Hirsch stammt vermutlich auch die Inschrift des 1831 errichteten »ökumenischen« Grabsteins für Baruch Moses Löwenthal aus Delmenhorst. Die Inschrift preist den Verstorbenen als einen Juden, der sich in vorbildlicher Weise auch um das Wohl seiner christlichen Mitmenschen bemüht habe.

1848 konnte die Gemeinde auf einem von ihr erworbenen Grundstück an der Syker Straße (östlich der Stadt) einen eigenen Friedhof einrichten, der auch von den Juden in Ganderkesee und Berne (bis 1895) genutzt wurde. 1851 fand hier die erste Beerdigung statt, 1939 die letzte. Insgesamt befinden sich 128 Grabsteine auf dem Friedhof. Die führende Persönlichkeit der kleinen Gemeinde (seit 1848 fünf Haushalte) war in den Jahrzehnten um die Jahrhundertmitte der Schlachter Jacob Isaac Schwabe. 1831 bis 1846 hatte er das Vorsteheramt inne und erwarb auch unter den nichtjüdischen Stadtbewohnern mehr und mehr Anerkennung. Nachdem die Delmenhorster Juden noch 1847 vergeblich auf die Zuerkennung des Stadtbürgerrechts gehofft hatten, brachten ihnen die Revolutionsjahre 1848/49 die staatsbürgerliche Gleichstellung (oldenburgisches Staatsgrundgesetz von 1849). Schon im Juli 1848 genossen sie das passive Wahlrecht: J. I. Schwabe verfehlte nur knapp seine Nominierung zum Wahlmann für die erste Landtagswahl. Kurz darauf protestierte Schwabe zusammen mit anderen Ver-

tretern jüdischer Gemeinden des Oldenburger Landes gegen die Einführung einer Rabbinatssteuer. In diesem Zusammenhang wurde auch die Anstellung des Landrabbiners in Frage gestellt.

Während die jüdischen Schüler zuvor ihren gesamten Unterricht in der jüdischen Privatschule erhalten hatten, besuchten sie seit Anfang der 1850er Jahre die allgemeinen Ortsschulen. Den Religionsunterricht erhielten sie weiterhin durch von der Gemeinde angestellte Lehrer; allerdings stand wiederholt keine Lehrkraft zur Verfügung. Zeitweise wurde der Religionsunterricht lediglich von unzureichend qualifizierten Hilfskräften erteilt, so daß die Teilnahme freigestellt werden mußte. 1894 wurde die jüdische Religionsschule in eine staatlich anerkannte Elementarschule umgewandelt. Von 1909 bis zur zwangsweisen Auflösung der Schule 1937 wirkte Alexander Freund als Lehrer und Kantor in Delmenhorst.

Nach der gesetzlichen Neuregelung des jüdischen Kultus- und Schulwesens von 1858 wurde ein dreiköpfiger Synagogengemeinderat gebildet. Die folgenden Jahre brachten erhebliche Fortschritte auch in der gesellschaftlichen Emanzipation der Juden. 1864 wurde mit J. I. Schwabe erstmals ein Jude in den Stadtrat gewählt; 1873 gehörte Schwabe dem Vorstand des neugegründeten Krankenhausvereins an. Der Viehhändler Simon Alexander war seit 1866 Rechnungsführer des Delmenhorster Landwirtschaftsvereins. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung seit Beginn der 1860er Jahre (Bahnanschluß 1867) und der Entwicklung Delmenhorsts von einer kleinen Ackerbürgergemeinde zu einer Industriestadt erhöhte sich mit der Einwohnerzahl nicht nur die absolute Zahl der jüdischen Einwohner deutlich, sondern auch ihr relativer Anteil an der Delmenhorster Bevölkerung: Er betrug 1861 noch 1 %, 1867 bereits 1,9 % und 1875 2,5 %. Seit Mitte der 1870er Jahre hatte die jüdische Gemeinde aber keinen Anteil mehr an der stürmischen Bevölkerungszunahme der Stadt. Während die Gesamtbevölkerung stetig anstieg, nahm die Zahl der Juden ab; 1910 lebten zwar wieder 124 Juden in Delmenhorst, doch bei einer Gesamtzahl von 22.516 Einwohnern machten sie nur noch einen Bevölkerungsanteil von 0,5 % aus. Seit den 1890er Jahren nahm die Zahl der Ostjuden zu; sie fanden z. T. Arbeit in der Delmenhorster Industrie. Zugleich wanderte ein Teil der jungen Delmenhorster Juden in das benachbarte Bremen und andere Großstädte ab.

Vor dem Ersten Weltkrieg zählte knapp die Hälfte der Delmenhorster Juden zum (klein-) städtischen Mittelstand, lebte dabei aber überwiegend in bescheidenen Verhältnissen. Die übrigen jüdischen Einwohner gehörten den ärmeren Gesellschaftsschichten an. In den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg entwickelte sich Delmenhorst zum Hauptschlagplatz des oldenburgischen Viehhandels. An dieser Entwick-

lung hatten jüdische Viehhändler einen erheblichen Anteil, und diese zählten nun neben den Einzelhändlern zu den geschäftlich erfolgreichsten jüdischen Bürgern der Stadt. Adolf Schwabe baute die väterliche Schlachterei zu einer Wurstfabrik aus, gründete Filialen, war 1892 Mitbegründer der »Delmenhorster Linoleumfabrik AG« und war 1900 der größte Steuerzahler der jüdischen Gemeinde. Der erste jüdische Akademiker aus Delmenhorst war der Dermatologe Dr. med. Iwan Bloch (1872-1922). Bloch gilt als einer der Begründer der modernen Sexualwissenschaft und fand mit seiner Forschungsarbeit internationale Anerkennung.

Am 1. Februar 1904 bildete sich ein Israelitischer Frauenverein. Vorsteher der Gemeinde waren von 1891 bis 1906 der Schlachter Isaak Jacob Schwabe und von 1906 bis 1921 der Schlachter und Viehhändler Emil Alexander. Beide gehörten auch zeitweise dem Stadtrat an. Seit der Jahrhundertwende hatte die jüdische Gemeinde Geld für den Neubau einer Synagoge gesammelt. Nach Ausbruch des Ersten Weltkrieges verwandte sie dieses zurückgelegte Geld für die Zeichnung von Krieganleihen und belastete 1916 auch noch ihre Grundstücke und Wertpapiere, um weitere Anleihen zeichnen zu können. Mehrere zum Militärdienst eingezogene jüdische Männer erhielten Tapferkeitsauszeichnungen. Vier Mitglieder der jüdischen Gemeinde fielen im Ersten Weltkrieg.

In den Notjahren nach Ende des Krieges führten Hunger und Preissteigerungen in Delmenhorst zu Unruhen. Zu den 16 Einwohnern, die 1919 zum Aufbau einer Sicherheitswehr aufriefen, gehörte auch der jüdische Kaufmann und Sozialdemokrat Siegfried Auerhann. Als Reaktion auf die Notlage gründeten Gemeindeglieder 1922 einen Wohltätigkeitsverein.

Die Synagogengemeinde bestand 1925 aus 182 Personen. Die Juden deutscher und galizischer Herkunft bildeten zwei recht deutlich voneinander getrennte Gruppen, die allerdings beide im Gemeindevorstand vertreten waren. Nachdem der Plan zum Bau einer neuen Synagoge zuvor durch Krieg und Inflation vereitelt worden war, ließ die Gemeinde 1927/28 auf dem Grundstück Cramerstraße 20/20a eine moderne Synagoge mit Schulgebäude und Lehrerwohnung errichten. Im Streit über die Frage, ob die Synagoge eine Orgel erhalten sollte, setzten sich die vom Landesrabbiner Dr. de Haas unterstützten orthodoxen Gemeindeglieder durch. An der Synagogeneinweihung am 2. September 1928 nahmen die Repräsentanten der Stadt und der evangelischen Kirchengemeinde teil. Die zum Bau der stattlichen Synagoge aufgenommene Hypothek über 55.000 Goldmark bildete während der sich gerade in Delmenhorst besonders stark auswirkenden Weltwirtschaftskrise eine schwere Belastung für die jüdische Gemeinde.

Delmenhorst

Sie konnte nur durch Zuschüsse anderer Gemeinden (besonders der Bremer Gemeinde) finanziell überleben.

Als in den 1920er Jahren die antisemitische Propaganda der »völkischen Bewegung« in der Stadt zunahm, bildete sich eine Ortsgruppe des CV, die 1924 eine erfolgreiche Gegenkundgebung durchführte, an der rund 2.000 Menschen teilnahmen. Auch im Wahlkampfjahr 1931 trat sie der antisemitischen Hetze der NSDAP entgegen. Als Zeichen der in der jüdischen Gemeinde vorhandenen Abwehrbereitschaft ist wohl auch die 1931 erfolgte Wahl des wenig religiösen, aber kommunalpolitisch aktiven Sozialdemokraten Siegfried Auerhann zum Vorsteher zu verstehen, die gegen den Protest von Landesrabbiner de Haas erfolgte.

Nach der »Machtergreifung« und dem auch in Delmenhorst durchgeführten Boykott jüdischer Geschäfte am 1. April 1933 – bei dem die SA den Druck auf potentielle Kunden noch dadurch erhöhte, daß sie ihre Posten mit Kameras ausrüstete – begann im Mai die Emigration von Delmenhorster Juden mit der Auswanderung der wohlhabenden Familie Kuflik in die Tschechoslowakei. Im Juni 1933 lebten noch 163 »Glaubensjuden« in der Stadt. Zu dieser Zeit war die Synagogengemeinde bereits zahlungsunfähig. Die angeordnete Zwangsversteigerung des Synagogengrundstücks konnte sie durch Abtretung unbebauter Grundstücksteile und aufgrund der finanziellen Hilfe des Preußischen Landesverbandes jüdischer Gemeinden verhindern. Auf die zunehmende gesellschaftliche Diskriminierung reagierten die Delmenhorster Juden mit dem Aufbau eines eigenen Vereinslebens. Bereits im Mai 1933 wurde ein Jüdischer Knabenturnverein gegründet. Im November 1933 entstand eine Ortsgruppe des Jüdischen Pfadfinderbundes (JPD). Sie schloß sich später dem Makkabi hazair an. Erst 1935 bildete sich in Delmenhorst eine Ortsgruppe der ZVfD mit Dr. Harry Rothschild als Vorsitzendem. Die Ortsgruppe bereitete besonders die jüdische Jugend auf die Auswanderung nach Palästina vor. In diesem Zusammenhang nahm der Viehhändler und Landwirt Hugo Abraham 1935/36 mehrere auswärtige Juden als landwirtschaftliche Praktikanten auf. Die Mehrheit der Delmenhorster Juden identifizierte sich auch jetzt eher mit den Zielen der ebenfalls 1935 neugegründeten Ortsgruppe des CV, deren Leitung der bisherige Gemeindevorsitzende Siegfried Auerhann übernahm. Auch der 1935 nahezu einstimmig neu gewählte Gemeindevorsitzende Martin Lippmann war führendes Mitglied der CV-Ortsgruppe.

Während der Kampagne gegen jüdische »Rassenschänder« und gegen »Judenfreunde« im Sommer 1935 wurden ein jüdischer Einwohner und seine »deutschblütige« Freundin öffentlich angeprangert und durch die Delmenhorster Innenstadt getrieben. Eine Folge der verschärften



Synagoge in Delmenhorst, erbaut 1928.

Diskriminierung war die Zunahme der jüdischen Auswanderung. Die 1935 bis Oktober 1938 ausgewanderten jüdischen Einwohnern emigrierten u. a. in die Niederlande, nach Palästina, in die USA, nach Südamerika und Südafrika. Die zurückgebliebenen Juden wurden aus dem öffentlichen und dem Wirtschaftsleben verdrängt und durch willkürliche Verhaftungen terrorisiert. Die einklassige jüdische Volksschule, die vor 1933 nur von einem Teil der jüdischen Schüler besucht worden war, mußte auch die jüdischen Schüler der örtlichen Schulen aufnehmen; sie wurde aber im Herbst 1937, als die Zahl der Schüler durch Auswanderung deutlich abgenommen hatte, endgültig aufgelöst. Lehrer Freund und die letzten Schüler wechselten zur neu eingerichteten jüdischen Bezirksvolksschule in Oldenburg.

Von der Abschiebeaktion gegen Juden polnischer Staatsangehörigkeit im Oktober 1938 waren in Delmenhorst zwei Familien betroffen. Am 9. November 1938 organisierte der NSDAP-Kreisleiter Gustav Sturm die Zerstörung der Synagoge. Sie wurde angezündet und brannte bis auf das Mauerwerk aus. Die Ruine fiel 1939 an die Gläubigerin der jüdischen Gemeinde, die Landessparkasse zu Oldenburg, die sie an einen Privatmann verkaufte. Dieser ließ die Ruine zu einem Wohnhaus umbauen. Am Vormittag des 10. November 1938 wurden

Delmenhorst

die Scheiben des letzten jüdischen Geschäfts eingeschlagen; 16 jüdische Männer wurden verhaftet und – ebenso wie die in Ganderkesee und Wildeshausen festgenommenen Juden – in das Gerichtsgefängnis eingeliefert. Außer zwei Juden, die man aus Altersgründen wieder entließ, wurden die Verhafteten über die Zwischenstation Oldenburg in das KZ Sachsenhausen transportiert. Die Entlassung erfolgte nach einigen Wochen unter der Auflage, Deutschland möglichst schnell zu verlassen. Mehreren jüdischen Einwohnern gelang noch bis Kriegsbeginn die legale oder illegale Ausreise. Die Zahl der Juden in Delmenhorst, die im November 1938 noch 57 betragen haben soll, sank bis Ende 1939 auf 21. Der erste Jude aus Delmenhorst, der in einem Konzentrationslager umkam, war vermutlich Josef König (geb. 1895); er starb im November 1939 wenige Tage nach seiner Einlieferung in Buchenwald.

Die letzten jüdischen Einwohner mußten die Stadt schließlich im Rahmen der »Evakuierung« der Juden des Oldenburger Landes und Ostfrieslands im April 1940 verlassen. Bis auf zwei Witwen wurden alle ins benachbarte Bremen zwangsumgesiedelt, wo sie bis zu ihrer Deportation in den »Judenhäusern« oder jüdischen Altersheimen etc. untergebracht wurden. In dem Transport, der am 17. November 1941 von Bremen nach Minsk ging, befanden sich mindestens 35 Delmenhorster Juden. Opfer von Verschleppung und Ermordung wurden nicht nur die in Deutschland verbliebenen Delmenhorster Juden, sondern auch viele zuvor in die Niederlande und nach Belgien emigrierte sowie 1938 nach Polen abgeschobene Gemeindemitglieder. Noch Anfang 1945 wurden vier in Mischehe lebende Delmenhorster Juden nach Theresienstadt deportiert, wo Arthur de Haas kurz nach seiner Befreiung verstarb.

Von den insgesamt 191 Juden, die im Zeitraum zwischen 1933 und 1945 in Delmenhorst gewohnt hatten, waren bis 1939 elf eines natürlichen Todes verstorben. Mindestens 59 jüdische Einwohner kamen in Konzentrations- und Vernichtungslagern um, darunter 33 in Minsk und je acht in Theresienstadt und Auschwitz; in acht weiteren Fällen ist der Tod wahrscheinlich. Auch die beiden letzten jüdischen Einwohner Ganderkesees starben in Theresienstadt. Mindestens 91 Einwohner hatten sich rechtzeitig ins sichere Ausland retten können, darunter 34 in die USA, 24 nach Süd- und Mittelamerika, acht nach Südafrika und je sieben nach Großbritannien und Palästina.

Nach dem Kriegsende kehrten lediglich drei Jüdinnen aus Theresienstadt nach Delmenhorst zurück. Am 13. Januar 1946 fand in Delmenhorst eine Gedenkveranstaltung für die »gefallenen Antifaschisten« statt, bei der auch der umgekommenen Delmenhorster Juden gedacht wurde. Der Prozeß gegen die Delmenhorster Synagogen-Brandstifter,

der im März 1949 in Oldenburg stattfand, führte zu Freisprüchen, da Kreisleiter Sturm gefallen war, andere Verdächtige ebenfalls nicht mehr lebten bzw. vermißt waren oder sich noch in Kriegsgefangenschaft befanden und die Angeklagten nicht der Tat überführt werden konnten. An die Geschichte der jüdischen Gemeinde erinnert im Stadtbild von Delmenhorst heute nur noch der Friedhof an der Syker Straße. Er hat eine Größe von 2.594 qm, gehörte nach dem Krieg ab 1952 der JTC, seit 1960 dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden von Niedersachsen. 1966 und 1970 kam es zu Schändungen. An seinem Eingang wurde 1979 ein Mahnmal errichtet. Bis Oktober 1999 gab es hier sechs neue Bestattungen. Vor dem zu einem Wohnhaus umgebauten ehemaligen Synagogengebäude fehlt jeglicher Hinweis auf dessen frühere Bedeutung. Das Gebäude der alten, 1838 eingeweihten Synagoge wurde 1972 abgerissen. In Ganderkesee wurde 1993 vor dem Standort des ehemaligen »Alexanderhauses« ein Gedenkstein aufgestellt.

Nach dem Neubeginn jüdischen Lebens in Delmenhorst durch Zuzug aus der ehemaligen Sowjetunion wurde am 24. August 1997 eine neue jüdische Gemeinde gegründet. Ihr gehörten im Jahre 2000 160 Personen an, ein Drittel der im Ort lebenden jüdischen Immigranten. Am 30. Mai 1999 wurde in den ehemaligen Räumen der Volkshochschule ein jüdisches Gemeindezentrum mit Synagoge eingerichtet. Torarolle und -schrein sowie die Bima stiftete Kenneth (Günther) Renberg aus Oklahoma, der 1937 aus Delmenhorst ausgewandert war. Die Gemeinde hat keinen Kantor, der Gottesdienst wird durch den Vorsitzenden Becerra geleitet, im übrigen liegt die geistliche Betreuung bei der Oldenburger Rabbinerin Bea Wyler.

Quellen und Literatur

CAHJP: HM2/8710, file 696 (nach Redaktionsschluß ermittelt).

Martin, Daniela: Anfang aus dem Nichts. Neues jüdisches Leben in Delmenhorst, in: Aufbau – deutsch-jüdische Zeitung 15, 27.7.2000.

Meiners, Werner: Die Viehhändlerfamilie Alexander in Ganderkesee (und Delmenhorst). Jüdisches Leben im Oldenburger Land, in: Oldenburgische Familienkunde 30, 1988, S. 664-746.

Meiners, Werner: Juden (s. Allgemeines Literaturverzeichnis).

Meyer, Enno: Geschichte der Delmenhorster Juden, Oldenburg 1985.

Meyer, Enno (Hg.): Synagogen (s. Allgemeines Literaturverzeichnis), S. 30-39.

Thies, Harmen / Knufinke, Ulrich / Schlimme, Hermann: Synagogen (s. Allgemeines Literaturverzeichnis), S. 16-18.

Töllner, Johannes-Fritz: Friedhöfe (s. Allgemeines Literaturverzeichnis).

Werner Meiners